

zwar noch den versprochenen Betrag in nominalen Werteinheiten; aber er kann, bei einer Preissteigerung auf das Zwanzigfache, mit seinen 5 % Zinsen so viel kaufen wie ehemals mit $\frac{1}{4}$ %. Von den Gehältern der Beamten, zumal der mittleren, und oberen, ist das gleiche zu sagen. Man hat also lediglich die Form des Bankerotts geändert. Was bedarf es da noch einer Ankündigung?

Und die Kriegskontribute? Bis zum Ende des ersten Reparationsjahres (Mai 1921—1922) sind noch mindestens eine Milliarde „Goldmark“ zu zahlen, in Dollar umgerechnet 250 Mill. \$, das heißt bei einem Kurs von 300 nicht weniger als 75 Milliarden *M.* Diese Summe ist indessen viel zu niedrig, da jeder Versuch, sich in den Besitz ausländischer Devisen zu setzen, den Kurs stürmisch in die Höhe treiben wird, so daß leicht mit dem Doppelten und Dreifachen dieses Betrages zu rechnen sein wird. Wir befinden uns in einem Zustand unbegrenzter Möglichkeiten von Unsinn, Verfall und Elend.

Es ist in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, nicht bekannt, mit welchen Absichten der Reparationsausschuß nach Berlin gekommen ist, und noch weniger, welche Haltung die Reichsregierung einnehmen wird. Nach Veröffentlichungen, die von der Industrie ausgehen, scheint es, daß jene selbst die Kreditaktion der deutschen Wirtschaft angeregt hat, so daß in dieser nicht eigentlich ein spontanes Angebot zu sehen ist, sondern eine Antwort auf ein staatliches, wenn auch nicht amtliches Ersuchen. Es darf bezweifelt werden, daß die Form und die Bedingungen dieser Antwort von der Regierung vorausgesehen worden waren. Sie wird schwerlich damit gerechnet haben, daß durch Verpfändung der gesamten deutschen Industrie nur ein Anleihebetrag von etwa 250 Mill. \$ gedeckt werden kann — die nach dem Londoner Zahlungsplan in weniger als sechs Monaten aufgebracht sein müssen. Sie wird auch kaum erwartet haben, daß die Industrie als Bedingung die massive Gegenforderung des Verkaufs der Reichseisenbahnen (und weiter der Post) an ein privates Konsortium, unter Mitbeteiligung des Reiches und der Länder stellen würde. Vielleicht hatte sie sogar angenommen, daß die Organisation der Kredithilfe durch die Logik der Tatsachen zum Aufbau gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen führen würde — und muß nun erfahren, daß die Aktion von der Industrie im Gegenteil als Hebel für die Entstaatlichung der größten Reichsbetriebe gedacht ist. Schwerlich wären dann je Motiv und Ergebnis einander unähnlicher gewesen.

Ob diese Industriepolitik an der Haltung der ausländischen Kapitalmächte, der Reparationskommissionen oder der deutschen Arbeiterschaft scheitern wird, ist im Augenblick nicht vorherzusagen. Unabhängig von ihrer Wirkung ist ihre Bedeutung als Symptom. Sie zeigt den Grad der Auflockerung unseres staatlichen Gefüges an. Wie in der Zeit vor der Entfaltung des modernen Steuerstaates die Bewilligung von Abgaben zum Gegenstand eines Handels zwischen Ständen und Regierung wurde, in dem staatliche Einnahmequellen gegen staatlichen Einfluß oder private Gewinnmöglichkeiten gesetzt wurden, so soll jetzt die Beschaffung der Reparations-Devisen abhängig gemacht werden von der Erfüllung wirtschaftspolitischer Forderungen und privatwirtschaftlicher Wünsche — und die einzige Schranke, die solchen Bestrebungen gezogen ist, liegt nicht in einem in sich ruhenden staatlichen Willen, sondern in der Macht einer anderen Klasse, die durch die beabsichtigte Regelung ihre eigenen Interessen verletzt sieht: der Arbeiterschaft. Wie viel stärker als der Staat heute die Klassen und ihre Organisationen sind, hat auch neuerdings die offene Erklärung des früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald gezeigt, daß seine Haltung als Ministerpräsident im wesentlichen bestimmt gewesen sei durch seine Beziehungen zu den „Christlichen Gewerkschaften“, die ihm wichtiger erschienen seien als die Verwirklichung bestimmter von ihm als richtig erkannten Forderungen der Gesamtpolitik. So wird das Staatsgebäude von innen abgetragen, wie es von außen durch die Durchführung des Versailler Vertrages unterhöhlt wird.

Denkt man sich diesen Prozeß noch um ein wenig fortgesetzt, so wird sich in unserem Staatswesen eine ähnliche Zersetzung vollziehen, wie bei dem Übergang des karolingischen Reiches in den Feudalstaat. Das Reichsgut wird verpfändet und verkauft, die Hoheitsrechte werden veräußert und verliehen, die zentrale Gewalt verliert an Würde und Kraft und wird endlich zum wesenslosen Schemen. Nur daß es an Stelle der Grundherrschaften und Städte Trusts und Gewerkschaften sind, die nun zu Trägern der wirklichen Macht werden. Mag man diese Entwicklung beklagen oder bejubeln: sie ist unabwendbar, wenn nicht das Volk sich stark genug zeigt, die Bildung eines staatlichen Gesamtwillens, gegen alle wirtschaftlichen Sonderwünsche, durchzusetzen; und wenn die Reparationsgläubiger nicht die Paragraphen des Versailler Vertrages abändern, die aus Betrug entstanden sind und ins Chaos führen.

Hamburg, den 14. November 1921

Kurt Singer

Die Sozialisierungskommission über die Reparationsfragen

Die Sozialisierungskommission hat im Juli des Jahres in neun Sitzungen die allgemeine Wirtschafts-, Steuer- und Devisenpolitik erörtert und über das Ergebnis der Verhandlungen in einem ersten Band Bericht erstattet.¹⁾ Schon am 28. 7. wurde in vorläufiger Zusammenfassung eine nur von einer Mehrheit unterzeichnete Erklärung der Presse gegeben, die in ungefähren Linien eine künftige Produktions- und Steuerpolitik vorzeichnet.

Es wäre nun unbillig, schon jetzt den Sachgehalt der Verhandlungen zu prüfen, da ausdrücklich erklärt wird, daß die Kommission weit davon entfernt ist, ihre Arbeit für beendet zu halten. Aber eben deshalb mag es zweckmäßig sein, die

Methode zu betrachten, die dieser Untersuchung zugrunde liegt.

Nach dem „Erlaß, betreffend die Einberufung und Befugnisse der Sozialisierungskommission“ vom 15. 5. 20 (R. G. Bl. 1920, S. 981) hat die Kommission das Recht, „auf Grund ihrer Arbeiten der Reichsregierung Vorschläge zu gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinwirtschaftlicher Art zu unterbreiten, sowie Anregungen zu einer wirtschaftlicheren und zweckmäßigeren Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe, insonderheit der Post und der Eisenbahn zu geben.“ Der Ton dieses Mandates liegt offenbar auf dem (von uns gesperrten) Wort „gemeinwirtschaftlich“. Eine Beschäftigung mit der Reparation überschreitet, da sie heute der entscheidende Faktor unserer Wirtschaft ist, gewiß nicht den Aufgabenkreis der

¹⁾ Verhandlungen der Sozialisierungskommission über die Reparationsfragen. 1. Band. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1921. 388 Seiten. 77 *M.*

Kommission, jedoch hätte sie sich vorwiegend mit der Frage beschäftigen sollen, ob neue Wirtschaftsformen für Sachleistung und Finanzdeckung zu wählen sind. Das im Vorwort ausdrücklich hervorgehobene Bestreben, keine Arbeit zu leisten, die schon in den zuständigen Kommissionen des Reichswirtschaftsrates getan wird, hätte gleichfalls zu einer noch schärferen Einstellung auf das eigentliche Objekt der Kommission — neue Wirtschaft? — führen sollen.

Der Fragebogen, welcher den Verhandlungen als Disposition diene, umfaßt das gesamte Problem in sehr extensiver Weise. In dem löblichen Bestreben, keine Lösung aufzudrängen, hat man sich zugleich ohne Notwendigkeit des Vorteils begeben, den Besprechungen Richtungsbestimmtheit und Durchsichtigkeit zu geben. Die vier Hauptüberschriften sollen genannt werden: I. Aufbringung der Devisen aus den laufenden Erträgen der Wirtschaft. II. Wie lassen sich die Devisen aufbringen, soweit die erweiterte Handelsbilanz sie während der nächsten Jahre noch nicht schaffen könnte. III. Interne Verteilung der Lasten unter Berücksichtigung des Überwältigungsproblems. IV. Währungspolitik im engeren Sinne.

Bei den Verhandlungen wurden nun nicht etwa vom jeweiligen Vorsitzenden mit Hilfe der Unterteilungen der Disposition Fragen an die Mitglieder und die Sachverständigen gestellt, sondern an jedem Verhandlungstage wurde das Thema nur in sehr loser Weise umschrieben. Im Gegensatz zur Absicht entstand daher nicht eine „Enquête“, jene in England meisterlich entwickelte Form kurzer Fragen und scharfer Antworten, sondern etwas, das man mit einem Literatenausdruck als ein „unendliches Gespräch“ bezeichnen muß. Jeder Redner glaubte zwar, sich auf das jeweils zur Diskussion stehende Thema zu beschränken; in Wirklichkeit aber fühlte fast jeder die Notwendigkeit, unter wechselnden Gesichtspunkten immer wieder die Gesamtfragen zu behandeln und dabei verwickelte theoretische Kontroversen in die Erörterung hineinzuziehen. Bei diesem Verfahren wurden zwar für die Beteiligten interessante Disputationen geführt, aber durchaus verfehlt wurde jene sonnenklare Aufhellung der Probleme, wie sie allein durch ein unerbittliches Inquisitorium gelingen kann, das namentlich dem so beliebten Hinüberwechseln von der Ebene des Theoretischen zum Praktischen, und umgekehrt, unausweichlich den Weg verstellt. Als Beweis für die Richtigkeit unseres Einwandes darf darauf hingewiesen werden, daß die Äußerungen der Sachverständigen umso lehrreicher sind, je enger die ihnen vorgelegte Frage formuliert war; dies ist namentlich den agrartechnischen Darlegungen der Herren *Rabthe* und *Heim* zugute gekommen.

Die fehlerhafte Anlage der „Enquête“ hätte sich zum Teil korrigieren lassen, wenn man der sehr unübersichtlichen Diskussion ein alphabetisches Sachregister beigegeben hätte, das nachzuprüfen erlaubte, was z. B. in diesem Kreise über die Frage der Goldwerte, der Exportzölle usw. an verschiedenen Ansichten geäußert worden ist. Aber es fehlt sogar ein gewöhnliches Inhaltsverzeichnis, aus dem man den Verhandlungsgegenstand der einzelnen Sitzungen ersehen könnte. Hier hätten, da die Disposition durch Umstellungen doch wieder durchbrochen wurde, Marginalien oder schlagwortartige Seitenüberschriften helfend eingreifen müssen.

Zum Ausgleich für diese Unterlassungen aber wird der Text nach einem Stenogramm wiedergegeben, das offenbar nicht die geringste Überarbeitung erfahren hat. Keine Flickworte, keine Verlegenheitswendungen, wie sie im zwanglosen Gespräch vorkommen mögen, bleiben dem Leser erspart; harmlose Scherze werden mit der dazugehörigen Bescheinigung des „Heiterkeits“-Erfolges gewissenhaft verbucht. Man erfährt (S. 102), daß einer unserer temperamentvollsten Industrieführer früher „wie ein Schlot“ geraucht habe, dann aber gegen Nikotin hoch empfindlich geworden sei, und er deshalb auf Tabak gern, auf Alkohol jedoch ungern verzichten möchte. Geradezu lächerlich wirkt es, wenn — wie auf S. 258 — ein Zwischenruf, der überhaupt keine Frage oder Aussage enthält, sondern unterbrochen wurde, trotzdem mit zwei Gedankenstrichen am Schlusse getreulich überliefert wird. Eine boshafte Kritik könnte aus dieser Art der Redaktion, in Verbindung mit anderen Symptomen, den Schluß ziehen, daß die Kommission (oder ihr Sekretariat) des rechten Gefühls für die dynamische Bedeutung ihrer Tätigkeit ermangele.

Über die Auswahl der Sachverständigen wird nach Veröffentlichung des zweiten Bandes vielleicht noch zu sprechen sein. Das Bemühen, sich möglichst vielgestaltige Aufklärung zu sichern, muß durchaus anerkannt werden. Immerhin hätte dem Außenhandel in etwas größerem Umfange, als geschehen (S. 201 f.), Gehör gewährt werden sollen, zumal selbst ein so erfahrener Journalist wie Georg Bernhard sich über Fragen des kaufmännischen Kredits als ziemlich mangelhaft unterrichtet erwies (vergl. S. 50 f.).

Wir kommen zu folgendem Schluß: Will die Kommission wirklich, wie es im Vorwort heißt, nicht nur eine Förderung ihrer besonderen Aufgaben vollbringen, sondern glaubt sie, „ganz allgemein dem deutschen Volke einen Dienst zu leisten“, so muß sie die Methode ihrer Untersuchung und die Form der Darstellung von Grund aus ändern. Ein Blick in irgendeine der großen englischen Enquêtes (z. B. Report of Royal Commission on food supplies in time of war, 1905, oder Royal Commission on the Administration of the Port of London and arrangements connected therewith, 1902) wird darüber belehren, daß das präzise Ineinandergreifen von Frage und Antwort nicht nur die schärfste Form der Analyse ist, sondern daß die Darstellung, weil in ihr wirklich der dialogische Prozeß der Gedankenbildung sich niederschlägt, fast den Reiz eines Dramas ausübt, so daß man sich meist nur ungern von der Lektüre dieser lebendig gebotenen Äußerungen von Erfahrung und Anschauung trennt. Im Gegensatz hierzu ist es schwer, sich den Leserkreis des ersten Bandes der hier besprochenen Verhandlungen vorzustellen. Der theoretisch geschulte Leser wird die sichere, strenge Führung der Diskussion vermissen, der Praktiker wird schwer einen Weg durch die Gespräche finden, und der gehegte Politiker schließlich wird es, da ihm das Hilfsmittel des Sachregisters fehlt, überhaupt aufgeben, sich des Berichtes als einer Erkenntnisquelle zu bedienen. Gerade die Sozialisierungskommission aber sollte sich vor der Gefahr schützen, daß ihre Arbeit und die Form ihrer Verwertung zu den faux frais unserer Staatswirtschaft gerechnet werden müssen.

Eduard Rosenbaum